

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 10

Artikel: Ein Besuch in der Schweiz : Savimbis steigender Stellenwert
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093287>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Savimbi steigender Stellenwert:

Ein Besuch in der Schweiz

Ob es bloss glücklicher Umstand oder Hinweis auf die künftige Entwicklung Angolas ist, wird sich noch weisen müssen. Der Besuch in der Schweiz des Anführers der Nationalen Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita), Jonas Malheiro Savimbi, kollidierte am 2. Mai zwar mit den 700-Jahr Feierlichkeiten der Bundesversammlung, fiel aber zusammen mit der Einigung über Bedingungen für einen Frieden seiner Widerstandsbeziehung mit der angolischen MPLA-Regierung. Ende Mai wollen dann Savimbi und der angolische Präsident, José Eduardo dos Santos, in Portugal das Friedensabkommen unterzeichnen, das bis spätestens November 1992 in Mehrparteienwahlen unter Unokontrolle münden soll.

In Bern war Savimbi erstmals offizieller Gast des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Laut seinen Angaben hat er beim Arbeitessen mit Staatssekretär Prof. Klaus Jacobi «lediglich» gebeten, die Schweiz möge bei den Wahlen in anderthalb Jahren ebenfalls mit Beobachtern zugegen sein.

Der offiziellen Begegnung folgte ein informelles Treffen des Unita-Anführers mit Exponenten aus Wirtschaft und Wissenschaft. Zu der Veranstaltung hatten die Stiftung für Demokratie (SFD/Ost-Institut) und die «Groupe suisse d'aide à l'Angola Libre» (GSAAL) geladen. Es ging um eine erste Kontaktnahme, um ein gegenseitiges Kennenlernen, aber vor allem wollte man von Savimbi selbst hören, wie er sich die Zukunft seines, heute ruinierten, Landes vorstellt.

Savimbi ist zuversichtlich, dass Frieden in Angola einkehren wird. Für ihn «verlangt Demokratie, dass das Volk an der Gestaltung des Landes teilnehmen muss». Alle politischen Kräfte und Meinungen müssten in der Regierung vertreten sein. Ein Mehrparteiensystem sei für die Unita das grundlegende Element demokratischer Prinzipien. Im Gespräch betonte Savimbi: «Nationale Souveränität muss die Wünsche des Volkes zum Ausdruck bringen.» Und: «Ja, wir brauchen Freunde und Verbündete, aber deren Interessen dürfen nicht Vorrang haben vor den Anliegen des angolischen Volkes.» Bis anhin hätten in der nicht gewählten Regierung der marxistischen Volksbewegung-Arbeiterpartei (MPLA-PT) vorab Kubaner, Sowjets und Leute des früheren DDR-Staatssicherheitsdienstes (Stasi) das Sagen vor den Angolanern gehabt. Gemäss Savimbi ist die Unita einem Dialog mit allen politischen Bewegungen und Parteien gegenüber aufgeschlossen und wäre bereit, «im Geiste der nationalen Versöhnung» eine Koalitionsregierung zu bilden, sollte aus den Parlamentswahlen kein eindeutiger Sieger hervorgehen.

Nach den Vorstellungen der Unita soll das durch den Bürgerkrieg verwüstete und durch die sozialistische Planwirtschaft völlig ruinierte Land auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Prinzipien wiederaufgebaut werden und zu neuem Leben erblühen. Savimbi schwebt ein Einkammerparlament vor, und in der künftigen Verfassung, die mit einer

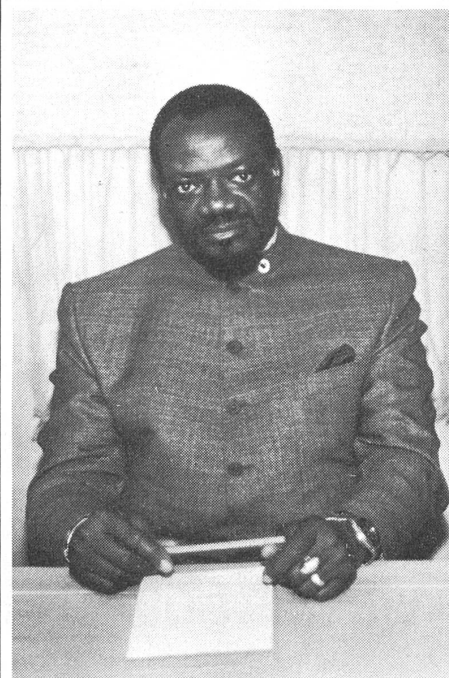
Erklärung über die Menschenrechte beginnen müsse, möchte er die Gewaltentrennung verankert wissen. An eine «Kantonalisierung» Angolas denkt er nicht, will aber verfassungsmässig garantierte Autonomie für die einzelnen Regionen. Nach seinen Vorstellungen sollte der künftige angolische Staatspräsident höchstens für zwei fünfjährige Amtszeiten gewählt werden können: «Wir haben in Afrika genügend abschreckende Beispiele von Präsidenten auf Lebenszeit.»

Voraussetzung für wirtschaftlichen Wiederaufbau und Fortschritt sei echte politische Unabhängigkeit. Ausländische Vorherrschaft in angolischen Angelegenheiten wird abgelehnt: «Wir müssen uns auf unseren eigenen Weg zu einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft begeben. Angola besitzt die natürlichen Ressourcen, die für eine umfassende wirtschaftliche Entwicklung des Landes erforderlich sind und auch einer wesentlich dichteren Bevölkerung einen relativen Wohlstand ermöglichen könnte.»

Die Unita räumt dem Wiederaufbau der Landwirtschaft «erste Priorität» ein: Die gesellschaftlich-wirtschaftliche Entwicklung stehe oder falle mit den erzielten Fortschritten in der landwirtschaftlichen Produktion. Das Augenmerk der künftigen Regierung müsse der gesamten Landwirtschaft gelten; die Landwirte die Nutzniesser ihrer Arbeit sein. Ausländische Agro-Unternehmen wie auch Pflanzler seien willkommen. Es müsse sichergestellt werden, dass diese den Boden «über ausreichend lange Zeit bearbeiten

In dieser Nummer

Hunger in Angola	4
Jacques Baumgartner nach Augenschein	
Kuba: Abschied von Afrika	5
Ein Garant verzichtet sich	
Wahrhaftige Nachschau	7
über Jugoslawien	
Die nationale Zusammensetzung in Jugoslawien ..	8
Europa auch für die Kleinen	9
Der slowenische Präsident in Zeitbild-Interview	
Neutralität in sowjetischer Sicht	11
Eine Ergänzung zu unserer Serie	
Eine Krise kommt selten allein	12
Moskauer Stimme zur UdSSR	
Die Mittelposition	13
innerhalb der KPdSU	
Zur Geltung bringen, was Geltung hat	14
Völkerrecht im Golfkonflikt	



Jonas Savimbi. (Aufnahme: Sepp Spiegl)

können, so dass sich deren Investitionen auch ausbezahlen». Es sei Aufgabe der künftigen Regierung, Minimalpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse festzulegen.

Gesamthaft lehnt die Unita jeglichen Staatsdirigismus in der Wirtschaft des Landes entschieden ab. Savimbi sieht nur in einem nachhaltigen Abbau der Staatswirtschaft die Möglichkeit, Angola wiederaufzubauen. Die private Initiative und das private Unternehmertum müssten ermuntert und gefördert werden. Dem Unita-Anführer schweben Klein- und Mittelbetriebe vor. «Eine in Berufsschulen gut ausgebildete Mittelschicht, die für die politische Stabilität im Angola von morgen von grosser Bedeutung sein wird.» Fachleute aus dem Ausland seien beim Wiederaufbau unabdingbar.

Laut der Unita fehlt der angolanischen Schwerindustrie «nahezu jegliche Infrastruktur, was die Arbeitskräfte, Kapital und industrielle Einrichtungen anbelangt». Die Rohstoff-, Mineralienförderung sei kostspielig, weshalb eine «adäquate Politik notwendig ist»: Ausländische Investitionen seien erwünscht, doch müssten vorerst die Bedingungen geschaffen werden, die ihnen auch Gewinne garantierten. Erforderlich sei auch, dass einheimische Arbeitskräfte in diesem Wirtschaftszweig ausgebildet würden. Die «Funktionen des Staates und der Privatwirtschaft im Bereich der Erdöl- und Bergbau-

industrie müssen genauestens definiert, abgegrenzt werden.»

Zu Ende der Kolonialzeit (1975) verfügte Angola über 80 000 Kilometer befestigte Strassen. Diese sind auf 37 000 Kilometer «geschrumpft». Für die Wiederherstellung des Strassen- und Eisenbahnnetzes (unter anderem 1300 Kilometer Benguelalinie vom Atlantikhafen Lobito nach Luau bzw. Zaire und Sambia) werde ebenfalls Beistand aus dem Ausland erforderlich sein.

Für das «Angola der Zukunft» stehe Erziehung an oberster Stelle. Es gelte, das Analphabetentum «auf jeder Stufe zu besiegen». Die Schulausbildung solle «frei und demokratisch» sein. Von «religiösen Organisationen» geleitete Privatschulen würden von der Unita unterstützt, «solange sie sich an die von der Regierung erlassenen Regeln und Lehrpläne hielten».

Vor 26 Jahren war ein Angolaner nach Bern gekommen, um sich bei den eidgenössischen Behörden dafür zu bedanken, dass er an der Universität in Lausanne hatte studieren und in Politischen Wissenschaften doktorieren können. Ein junger Beamter empfing ihn damals und nahm den Dank entgegen. Jetzt sahen sie sich wieder in Bern, und es war ein fester Händedruck zwischen Jonas Savimbi und alt Staatssekretär Raymond Probst.

Jakob Baumgartner

LIEBE LESER

In der akutesten Krise, die Jugoslawien bisher heimgesucht hat, halten wir eine sozusagen bestätigende Nachschau über das dortige Föderationsproblem, das nicht mehr lösbar zu sein scheint (S. 7).

Der Ausnahmezustand mit militärischer Herrschaft wäre zwar geeignet, die zentrifugalen Kräfte momentan zusammenzuhalten, das heisst niederzuhalten, aber damit wäre weder der angeschlagenen Wirtschaft geholfen, noch käme die überfällige Ablösung der politischen Ordnung zustande, es sei denn auf die falsche, grossserbische Tour.

Oder können westeuropäische Vermittlungsangebote noch etwas bringen? Sie kommen sehr spät, und sie haben ihre Glaubwürdigkeit erst noch zu erbringen, nachdem Westeuropa grosso modo immer auf eine Stabilität gesetzt und gehofft hatte, die zur Hauptsache der Belgrader Lesart entsprach. Das nahm sich nach hiesigen Kriterien vernünftig genug aus, aber es sind die zerrissenen Gegebenheiten der dortigen Realität, die am Ende der sozialistischen Ära wirksam werden. Nicht nur die Staatsbürger pochen auf ihre Mündigkeit, sondern auch die Völker, wenn sie zuvor nur durch Diktatur zur Einheit gebracht worden waren.

Analoges gilt grundsätzlich für die sowjetische Unionsproblematik, wiewohl dort nicht nur die Dimensionen ganz anders sind, sondern auch die historischen Beharrungskräfte. Die slawischen Kernlande haben einen Bestand von etlichen Jahrhunderten, während Jugoslawien ein ausgehandeltes Produkt des Ersten Weltkrieges ist. Und selbst der evolutionswidrige Sozialismus besteht im seinerzeitigen Sowjetrußland und der späteren UdSSR seit 1917 und nicht erst – wie in Jugoslawien – seit 1945.

Dennoch: Die Fragen, die sich stellen, sind von erkennbarer Verwandtschaft. Zwei Hauptmotive prägen die unmittelbare Gegenwart, einerseits die Separation der Randvölker (die im Kaukasus eben jetzt blutig disharmonisch verläuft) und die Emanzipation des russischen Hauptvolkes, für welche die Übernahme der Bergwerke durch die RSFSR von der UdSSR ein Symptom ist. In keinem Aspekt der multifaktoralen Krise gewährleistet die nationale Wiedergeburt der slawischen wie der nichtslawischen Völker eine Lösung, aber ausserhalb der nationalen Neufindungen gibt es keine Lösung mehr. Das Prinzip des kleineren Übels erheischte zu Beginn der Perestrojka eine politisch und gesellschaftlich umgestaltete Sowjetunion; jetzt erheischt es die Voraussetzung befreiter Völker.

Christian Brügger

Siegesgewiss

Jonas Savimbi und José dos Santos unterzeichnen am 30. Mai das formelle, von der ehemaligen Kolonialmacht Portugal in einjährigen Verhandlungen vermittelte Waffenstillstands- beziehungsweise Friedensabkommen. Sein Zustandekommen führt der Unita-Anführer unter anderem auf die Umwälzungen in der Sowjetunion, den ehemaligen Sowjetblockstaaten und das auf Kooperation bedachte neue Verhältnis zwischen Washington und Moskau zurück. Die Unita akzeptiere Dos Santos und seine vom Volk ebenfalls nicht legitimierte Regierung während der Übergangszeit als «blosse Verwalter»; die Unita wolle nicht für Misswirtschaft der MPLA verantwortlich gemacht werden.

Der Unterzeichnung des Abkommens werden auch der amerikanische und der sowjetische Aussenminister, James Baker und Alexander Bessmertnych, sowie UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar beiwohnen.

Savimbi ist überzeugt davon, dass seine Unita-Bewegung aus den ersten freien Wahlen als Sieger hervorgehen wird. Die Wahlen unter UNO-Aufsicht haben bis spätestens November 1992 stattzufinden, doch werden sie wahrscheinlich wegen der im Oktober beginnenden Regenzeit schon im September abgehalten.

Die Armeen der Unita und der MPLA würden aufgelöst. Für die Übergangszeit bis zu den Wahlen werde eine «Embryo-Armee» geschaffen. Es sei hernach an der neuen, durch das Volk legitimierten Regierung, eine nationale Streitmacht von 40 000 bis 50 000 Mann aus beiden (früheren) Armeen aufzubauen. Als Instruktoren der künftigen Armee könnte sich Savimbi Briten, Marokkaner oder Portugiesen vorstellen. Er selbst bevorzuge britische oder marokkanische Ausbilder. Gemäss dem Friedensabkommen haben alle ausländischen Militär- und Polizei-«Berater» Angola zu verlassen.

(j. b.)